

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Alle unverlangt eingesandten Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Wilsons Antwort an Deutschland.

Weitergabe des Waffenstillstandsversuchens an die Entente — Forderung besonderer Bürgschaften

Haag, 24. Oktober.
Holländisch Nachrichtenbureau meldet aus Washington:
Das Auswärtige Amt in Washington hat folgendes veröffentlicht: Dem Staatssekretär an den Geschäftsträger der Schweiz, ad interim mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt:

Auswärtiges Amt, 23. Oktober 1918.
Mein Herr!

Unter Berücksichtigung der von Ihnen übermittelten Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß der Herr Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu antworten:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und deutliche Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Vorbedingungen für den Frieden annimmt, welche er in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongress der Vereinigten Staaten niedergelegt hat, sowie die Grundsätze einer Friedensregelung, welche in seinen folgenden Botschaften und namentlich in der vom 27. September verkündet wurden, daß die deutsche Regierung wünscht, über die einzuleitenden Schritte und deren Anwendung Besprechungen zu eröffnen, und daß dieser Wunsch und dieses Ziel somit nicht seitens derjenigen ausgesprochen wurde, die bisher Deutschlands Politik diktierten und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Krieg führten, sondern seitens eines Ministeriums, das für die Mehrheit des Reichstags und für eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht;

Nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Gesetze der Menschlichkeit und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser und zu Lande durch die deutschen Streitkräfte werden beachtet werden, empfiehlt der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten. Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzuschlagen er sich für berechtigt erachtet, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizufügen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen.

Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegsführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlag übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen zu einem Waffenstillstand zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker völlig wahren würde und das unbeschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bilden, daß es die Bedingungen und Grundsätze des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion erwächst.

Der Präsident fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht und zwar in möglichst klarer Form betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Versäufungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so erscheint es (hier fehlen zwei Worte, wahrscheinlich die Worte: doch nicht), daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden. Außerdem tritt nicht

gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

Zu dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als eine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten können, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges umzustossen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland aber keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß es sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung
gez. Lansing.

Ebenso wenig wie wir, bei allem notwendigen Einspruch gegen die verallgemeinernden Anklagen und gegen die schroffe Tonart, die vorige Note Wilsons mit planloser Ueberhöhung betrachtet haben, würde es uns falsch erscheinen, die neue Note bereits als ein Zeichen, daß jetzt auch nur die größten Schwierigkeiten überunden seien, anzusehen. Indessen, während die vorige Note als ein Rückschritt, vom Frieden fort, erscheinen konnte, ist die jetzige, wenigstens soweit es sich um die Erzielung der Formalitäten handelt, ein Schritt nach vorwärts, zum Frieden hin. Wilson erklärt sich bereit, die mit Amerika verbündeten Mächte zu Waffenstillstandsverhandlungen einzuladen, und er kommt also dem Wunsche, den ihm die deutsche Regierung ausgesprochen hatte, nach. Es ist ganz klar, daß er die Antwort seiner Verbündeten bereits kennt, daß er ihre Zustimmung zu Verhandlungen schon in Händen hat. Damit ist die erste Etappe zurückgelegt. Wir werden nun endlich erfahren, welche Bedingungen die Entente zur Annahme des Waffenstillstandsangebotes für nötig hält.

Aber Wilson geht an dem deutschen Vorschlag, daß die militärischen Berater der deutschen Regierung sich mit denjenigen der Entente zur Besprechung über die Waffenstillstandsbedingungen treffen sollen, vorbei. Er erklärt, die militärischen Ratgeber der amerikanischen Regierung und ihrer Alliierten würden der deutschen Regierung die notwendigen Bedingungen unterbreiten, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich machen sollen. Von seinem Standpunkt, daß diese Beschlüsse einstimmig durch die Ententemächte und ihre Militärs gefaßt werden müßten, geht er also nicht ab. Und er sagt, warum er davon nicht abgehen will.

Er gibt zu, daß die Veränderungen in Deutschland „bedeutungsvoll und wichtig“ seien. Er bestritt nicht, daß die jetzige deutsche Regierung wirklich im Namen der Reichstagsmehrheit und für die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes spricht. Aber das alles scheint ihm nicht genügend fest, und er meint, daß dahinter die militärischen Gewalten und „die Macht, die bisher Deutschland beherrschte“, noch unerschütterlich stehen. Er hält es nicht für verbürgt, daß die bisherigen Gewalten sich wirklich dem neuen Geiste und seinen Vertretern unterordnen, und aus diesem Grunde stellt er, wie er sagt, seine Forderungen, die auf ein einseitiges Diktat der Bedingungen hinauslaufen, auf. Er spricht von den deutschen Militärbehörden und vom König von Preußen, deren Einordnung in die neuen Verhältnisse durch nichts garantiert sei, von der andauernden Machtstellung des Militarismus, und erklärt, zu den bisherigen Herren der

deutschen Politik hätten die Völker der Welt kein Vertrauen. Wenn mit diesen militärischen Beherrschern und der „monarchischen Autokratie“, welche Deutschland jetzt hat, verhandelt werden müsse, gebe es nur die Möglichkeit der Kapitulation. Obgleich man natürlich einwenden könnte, daß nicht diese, sondern eine Regierung, die Wilson selber als eine Volksregierung anerkennt, verhandeln und verhandeln würden, ist der Sinn des Wilsonschen Gedankenganges doch so klar, daß man solche Deutungen besser unterläßt.

Unter den jetzigen Verhältnissen ist Wilson, der im Namen der Ententemächte spricht, also zwar zu einem Waffenstillstande bereit. Aber dieser Waffenstillstand und der Friedensschluß sollen anscheinend mit Unterwerfung gleichbedeutend sein. Die Note Wilsons bedeutet also, wie gesagt, nur einen Fortschritt in der Erledigung der ersten Formalität. Sie enthält kein erhebliches Abweichen von dem Standpunkt, der in der vorigen Note zum Ausdruck gebracht worden war.

Die Kapitulationsforderungen der Pariser Presse.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Genf, 24. Oktober.

Die Pariser Presse fährt fort, in ihren Kommentaren zur deutschen Antwort an Wilson die unbedingte Uebergabe als Grundlage der Verhandlungen zu fordern. „Petit Journal“ schreibt: „Die Note hat keinen anderen Zweck, als Wilson zu bestimmen, die Rolle eines Vermittlers und Schiedsrichters zu übernehmen. Was den Waffenstillstand betrifft, so erklärt sie, daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis die Basis der Verhandlungen bilden solle. Von solch unbestimmten Prinzipien ausgehend, wären freilich alle Beurteilungen und Aussprüche möglich. Die militärischen Räte könnten wochenlang verhandeln, und Deutschland hätte seinen Zweck erreicht, nämlich Zeit zu gewinnen. Der Rest der Antwort ist eine interessierte Fuldigung an Wilson. Wenn Deutschland den Frieden haben will, so muß es alle Feindschaften und Zweideutigkeiten weg lassen und einfach kapitulieren und die Folgen seiner Verbrechen tragen. Was den Waffenstillstand betrifft, so wird noch die Bedingungen diktiert.“ Im „Journal des Débats“ schreibt Gaudain: „Soll bleibt bei seiner bisherigen Stellungnahme. Er macht Konzessionen mit Worten, aber nicht mit der Tat. Wilson wird sich der Aufgabe, die ihm zufällt, geschickt entledigen, d. h. anstatt eine Aussprache zu eröffnen, wird er kategorische Bedingungen stellen oder sie durch noch ohne vorherige Debatte stellen lassen.“

Am Dienstag begrüßte im Senat Dubouff die befreiten Städte und ihre Bevölkerungen und forderte im Namen der in Verzeihung Gestorbenen von 1870, dem Sieg die ganze Schärfe der Rächung und Wiedergutmachung folgen zu lassen. Pichon schloß sich diesen Worten an und sagte: „Bald wird Frankreich sein ganzes Gebiet zurückgewonnen haben, aber von Trümmern bedeckt, und die Bevölkerungen werden auf das bestmögliche die Wiedherstellungen erwarten, zu welchen der Feind verurteilt werden wird, und die Sicherheiten, welche von ihm verlangt werden, um sein Wort, dem wir nicht glauben können, zu gewährleisten.“ Pichon schloß: „Wir nähern uns dem Ende der Opfer, welche uns der wilde Ueberfall auferlegt hat, und für welchen seine Anstifter die Verantwortlichkeit abzuschießen versuchen. Aber die Weisheit Wilsons wird ihre Berechnungen zunächst zu machen wissen.“ Mehrere Senatoren aus den besetzten Gebieten brachten eine Entschließung ein, welche fordert, daß die Mitglieder der Großen Ausschüsse an Ort und Stelle die vom Feinde zahlreich verübten Verbrechen feststellen. Debierre der Senator von Lille, erklärte, daß das deutsche Volk für seine Taten und deren Wiedergutmachung haftbar sein müsse. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Keine Anerkennung der neutralen Kommission durch die Entente.

Genf, 24. Oktober. (T. U.)

Wie aus französischen Blättern zu ersehen ist, wird die Entente die neutrale Kommission, die in Belgien das korrekte Vorgehen der deutschen Truppen feststellen soll und an der auch der spanische Gesandte in Brüssel, Marquis Villalobar, teilnimmt, dem Vernehmen nach nicht vorbehaltlos anerkennen.

Graf Burian über die Verhandlungen mit Wilson.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Wien, 24. Oktober.

Der Ausschuss der österreichischen Delegation ist gestern auf Einladung des Grafen Burian zusammengetreten, um über die Antwort Österreich-Ungarns an Wilson zu beraten. Tschechen und Südlawen, die bekanntlich der Regierung das Recht absprechen, sie zu vertreten, haben an dieser Sitzung nur mit dem Vorbehalt teilgenommen, daß aus dieser Teilnahme nicht auf eine Anerkennung ihres Standpunktes geschlossen werde. In dieser Sitzung erklärte Graf Burian folgendes: Die Aufgabe, den Frieden herbeizuführen, sei wohl schwierig, aber sie sei lösbar. Er wenigstens sei nicht pessimistisch. Die Friedensarbeit